

# UNION IN EUROPA

**CDU/CSU-Gruppe**  
im Europäischen Parlament

Nummer 4 · 14. März 2005 · [www.cdu-csu-ep.de](http://www.cdu-csu-ep.de)



**Brutales Vorgehen der Polizei gegen Frauendemonstrationen in Istanbul**

## **Nassauer: Beitrittsgespräche mit Türkei stoppen**

Angesichts des scharfen Vorgehens türkischer Sicherheitskräfte gegen Teilnehmerinnen von Veranstaltungen zum Weltfrauentag hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Hartmut Nassauer, den sofortigen Abbruch des Verhandlungsprozesses zwischen der EU und der Türkei gefordert. Das brutale Vorgehen gegen Frauen bei der Demonstration in Istanbul sei ein deutliches Zeichen dafür, dass ein EU-Beitritt der Türkei derzeit nicht in Frage kommen dürfe. (Seite 2)

### **Inhalt**

*Markus Pieper:*  
*Regionalförderung*  
Seite 3

*Thomas Ulmer:*  
*Gesundheitspolitik*  
Seite 4

*Klaus-Heiner Lehne:*  
*Lissabon-Strategie*  
Seite 6



HARTMUT NASSAUER:

## Stockender Reformprozess in der Türkei erfordert Abbruch der Verhandlungen

**V**or dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen in der Türkei hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Hartmut Nassauer (CDU), ein Moratorium im Verhandlungsprozess zwischen der Europäischen Union und der Türkei über einen EU-Beitritt Ankaras gefordert. Nassauer bezeichnete es in Straßburg als „erschreckend“, dass nach dem Gipfelbeschluss vom vergangenen Dezember in Brüssel zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei offenbar jeglicher disziplinierender Druck auf die türkische Führung im Reformprozess verloren gegangen sei.

Die brutale Polizeiaktion gegen missliebige, insbesondere weibliche Demonstranten zum Weltfrauentag in Istanbul, die Entgleisungen des türkischen Außenministers Gül gegen die berechnete Kritik des EU-Botschafters in Ankara am stockenden Reformprozess und die völlig überzogenen Äußerungen des türkischen Botschafters in Berlin wegen der von CDU und CSU angeregten Armenienresolution im Deutschen Bundestag hätten in jüngster Zeit erneut deutlich gemacht, dass die Türkei weder EU-reif noch beitragsfähig sei. Damit be-



Hartmut Nassauer MdEP

stättige sich, so Nassauer weiter, die von der Union wiederholt geäußerte Befürchtung, dass der von Kommission und Rat so hochgelobte Reformprozess in der Türkei keiner inneren Überzeugung entspreche, sondern nur im Hinblick auf die Zusage von Beitrittsverhandlungen motiviert gewesen sei.

Auch die Behauptung, dass lediglich Ostanatolien noch rückständig sei, die Westtürkei aber bereits flächendeckend aufgeklärt-liberal, könne so nicht stimmen: „Die Bilder über die äußerst brutale Gewaltanwendung türkischer Sicherheitskräfte gegen völlig wehrlose weibliche Demonstrantinnen, die uns jüngst ausgerechnet aus Istanbul erreicht haben, sprechen jedenfalls eine andere Sprache. Sie zeugen vielmehr von einem grundsätzlich anderen Frauenbild und Menschenrechtsverständnis als in der Europäischen Union“, erklärte Nassauer. Der CDU-Europaabgeordnete forderte deshalb Rat und Kommission auf, die laufenden Vorbereitungen für Beitrittsverhandlungen auszusetzen. Erforderte zudem, auch die mangelhafte Aufbereitung des Völkermords an den Armeniern weiter zu thematisieren.

MARKUS PIEPER:

## Berlin kippt EU-Regionalförderung in Westeuropa

KAHLSCHLAG FÜR EUREGIOS UND WESTDEUTSCHLAND  
HAT FATALE AUSWIRKUNGEN AUF EU-AKZEPTANZ

**D**ie Vorschläge der Bundesregierung zur künftigen Finanzierung der EU-Strukturfonds haben drastische Auswirkungen auf die westeuropäischen Flächenländer. Darauf haben der Europaabgeordnete aus dem Münsterland, Markus Pieper (CDU), und sein niederländischer Kollege aus dem angrenzenden Noord-Brabant, Lambert van Nistelrooij (CDA), hingewiesen. „Die europäischen Strukturmittel für Westeuropa würden drastisch reduziert“, so die beiden Parlamentarier der EVP-ED-Fraktion.

Die EU müsse auch in der Finanzperiode 2007–2013 Flagge in den westeuropäischen Regionen zeigen. „Die bewährten grenzüberschreitenden EUREGIOS schaffen ein echtes europäisches Bewusstsein und geben der EU in den Regionen ein Gesicht. Das dürfen wir nicht so einfach zur Disposition stellen“, so Pieper. Mit den neuen Ansätzen in dem Ziel „Wettbewerb und Beschäftigung“ könnten zudem Wachstumspotenziale in der 'alten' EU entfaltet werden.

Die Europäische Kommission sieht vor, gut 20 Prozent der 336 Milliarden Euro künftiger Strukturhilfen in der 'alten



Markus Pieper MdEP

EU-15' zu verwenden. Für die westdeutschen Bundesländer ist dabei von einer Summe zwischen 6 und 8 Milliarden Euro auszugehen. Mit diesen Geldern eröffnet die EU somit auch westdeutschen Regionen eine realistische Möglichkeit, Strategien für Strukturwandel und Innovationen zu entwickeln und umzusetzen.

Berlin hingegen will lediglich 5–10 Prozent der Mittel für Westeuropa verwenden. Damit stellt die Bundesregierung die Unterstützung für die EUREGIOS an der Grenze zu den Niederlanden und Belgien ebenso in Frage wie das neue Ziel 2 „regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“. Die Bundesregierung gibt damit Programme preis, die in der aktuellen Förderperiode 2000–2006 erhebliche Rückflüsse nach Deutschland ermöglicht haben.

Pieper unterstrich, dass allein für Nordrhein-Westfalen (NRW) bis zu 2,5 Milliarden Euro EU-Strukturhilfe verloren gehen könnten. Aufgegeben würden wichtige Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Infrastrukturprogramme, die ohne EU-Mittel nicht aufrechtzuerhalten sind. Für eine Regionalpolitik ohne EU-



Förderung gebe es in NRW aber weder Geld noch eine strategische Konzeption, betonte der CDU-Europaparlamentarier.

Die genannten Kommissionsvorschläge gehören zum Paket der mittelfristigen Haushaltsplanung. Dieses Paket würde die Haushalte der Mitgliedstaaten von 2007 bis 2013 mit durchschnittlich 1,14 % des Sozialprodukts belasten. Auch van Nistelrooij und Pieper gehen davon aus, dass das von der Kommission vorgeschlagene Budget der Strukturförderung nicht zu halten sein wird. So gebe es unabhängig von der 1-Prozent-Förderung der Nettozahler große Finanzierungsprobleme, insbesondere weil die Beitritte von Rumänien und Bulgarien im Haushalt noch nicht berücksichtigt sind. Als Alternative schlagen Pieper und van Nistelrooij eine ausgewogene pauschale Kürzung über alle Förderprogramme vor. „Dazu sollte eine private Co-Finanzierung

europäischer Programme erleichtert und mehr Wettbewerbselemente in die Programmausrichtung eingebaut werden“, so die beiden EVP-ED-Regionalpolitiker.

Es sei wichtig, dass das Parlament frühzeitig eine Alternative zur regionalen „Kahlschlagmethode“ der Nettozahler entwickelt. Deren Position, finanzielle Einschränkungen zu fordern, die fast ausschließlich große Teile Westeuropas von der Regional- und Strukturförderung ausgrenzen, gefährde hier die Akzeptanz der europäischen Idee. Außerdem werde diese den teilweise sogar verstärkten Strukturproblemen und infrastrukturellen Engpässen in Deutschland und anderen europäischen Ländern nicht gerecht.

*Dr. Markus Pieper (CDU Nordrhein-Westfalen) ist Mitglied im Ausschuss für Regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments.*

THOMAS ULMER:

## Die Offene Methode der Koordinierung im Gesundheitsbereich

MÖGLICHKEITEN DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT IM  
GESUNDHEITSBEREICH NUTZEN

Im Zusammenhang mit den Initiativen zur europäischen Beschäftigungsstrategie wurde in den 90er Jahren die „Offene Methode der Koordinierung (OMK)“ entwickelt. Im Rahmen der Schussfolgerungen des Rates der Europäischen Union von Lissabon im März 2000 (Lissabon-Prozess) und von Göteborg im Juni 2001 wurde die OMK formal als neues

ergänzendes EU-Politikinstrument eingeführt. Die OMK soll die Zusammenarbeit und den Austausch bewährter Verfahren sowie die Vereinbarung gemeinsamer Ziele und Leitlinien von Mitgliedstaaten fördern.

Diese Methode ist für die Politikbereiche vorgesehen, wo die Europäische Union im Rahmen der Subsidiarität keinen

Einfluss nehmen kann. Diese Methode hat ihren Reiz, den ich im Folgenden vorstellen möchte.

Im Bereich der Medizin sind die Mitgliedstaaten mit ihren nationalen Gesundheitssystemen unabhängig von der EU und sehr unterschiedlich in Tiefe und Qualität ihrer Leistungen. Ein einheitliches europäisches Sozialsystem ist weder wünschenswert noch realistisch. Der Wettbewerb der unterschiedlichen Gesundheitsversorgungen hat seinen Reiz.

Offene Koordination heißt Daten auf nationaler Ebene sammeln, nach Brüssel weitergeben, dort aufarbeiten, Schlüsse ziehen und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Hier entsteht eine neue Qualität der politischen Arbeit. Europa liefert eine Roadmap, ein Handbuch mit den Angaben Gesundheit, Kosten, Qualität, best practice und Vorschläge für die Zukunft. Europa schlägt vor, dass Länder auf freiwilliger Basis und ohne Zwang Initiativen umsetzen können, Europa, das Parlament, der Rat, die Kommission werden Partner der nationalen Verantwortungsträger, statt diese mit Vorschriften zu gängeln oder gegenseitig auszuspielen.

Die Idee ist faszinierend, ich glaube an diese Chance, die OMK bietet. Stellen Sie sich nur einmal vor, wir könnten durch sorgfältiges Durcharbeiten dieses Handbuches 5% der Kosten im Gesundheitsbereich sparen, so wären das über 8 Milliarden Euro in der Bundesrepublik. Wir hätten auch endlich, was wir schon lange wissen: ein neutrales Handbuch, das

schonungslos die Fehler von 6 Jahren rotgrüner Gesundheitspolitik offen legt.



Thomas Ulmer MdEP

Die OMK fördert auch die Bildung von Qualitätszirkeln in allen Bereichen des Gesundheitswesens, hier müssen wir für alle Beteiligten Aufklärungsarbeit leisten, dass Qualitätskontrolle kein Instrument des Abstrafens oder Bestrafens ist, sondern die Chance gemeinsam zu lernen. Dieses gemeinsame Lernen im Rahmen von Qualitätszirkeln ist in Deutschland nur ansatzweise vorhanden.

Ein neues Feld für die OMK ist die Palliativmedizin. Sie befindet sich in ganz Europa im Aufbau, wobei Großbritannien und die Bundesrepublik der Spitzenreiter sind.

Palliativmedizin ist die Behandlung und Pflege von unheilbar Kranken, die unserer besonderen Fürsorge und Wertschätzung bedürfen. Es steht für uns als CDU außer Frage, dass ein würdevoller, schmerzfreier Tod im Kreise der Familie Christenpflicht ist. Hier gilt es, in allen Mitgliedsländern im Rahmen der OMK rasch Erfolge zu erzielen.

OMK ist ein sanftes Politikinstrument, flexibel und elegant. Die Methode zeigt, dass Europa auf die Staaten und die Bevölkerung zugeht und sich im Bereich Gesundheit und Sozialschutz um eine gemeinsame gute Zukunft bemüht.

*Dr. Thomas Ulmer (CDU Baden-Württemberg) ist Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit des Europäischen Parlaments.*



KLAUS-HEINER LEHNE:

## Neue Impulse für die Wettbewerbsfähigkeit Europas

EUROPÄISCHES PARLAMENT UNTERSTÜTZT NEUE LISSABON-STRATEGIE

**D**as Europäische Parlament hat in der letzten Sitzungswoche in Straßburg einen Beitrag zur Wiederbelebung der Lissabon-Strategie der Kommission geleistet. „Wir haben den Bemühungen für mehr Wettbewerbsfähigkeit in der EU neues Leben eingehaucht“, sagte der EVP-ED-Berichtersteller für die Lissabon-Lenkungsgruppe, Klaus-Heiner Lehne (CDU). Die von allen Fraktionen mitgetragene PlenarentschlieÙung bezeichnete Lehne als „ausgewogen“.

Das Parlament habe die drei Pfeiler der Lissabon-Halbzeitbilanz der Kommission – Wachstum und Beschäftigung, Umwelt und Soziales – gestärkt und bestätigt. „Wir haben aber klargestellt, dass ein robustes Wirtschaftswachstum die Voraussetzung für jede Umwelt- und Sozialpolitik ist“, so Lehne. Der CDU-Wirtschafts- und Rechtspolitiker begrüßte ausdrücklich die klare Schwerpunktsetzung der Kommission. „Für uns ist wichtig, dass die Kommission von der alten Mentalität des Warenhauskatalogs weggekommen ist. Stattdessen haben wir nun politische und gesetzgeberische Schwerpunkte.“



Klaus-Heiner Lehne MdEP

Lehne forderte Kommission und Rat auf, endlich das interinstitutionelle Abkommen vom Dezember 2003 über die Auswirkungen der EU-Gesetzgebung umzusetzen. „Bisher war die Gesetzesfolgenabschätzung und die Einbindung der Stakeholder nicht ausreichend“, kritisierte Lehne. Notwendig sei eine „frühzeitige Konsultation der Markt-

teilnehmer im Vorfeld eines Richtlinienentwurfs“. Dadurch könnten die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert und Verzögerungen bei der Gesetzgebung vermieden werden. „Die Beispiele REACH und Dienstleistungsrichtlinie haben gezeigt, wie es nicht geht“, sagte der rechtspolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion. Die nationalen Regierungen forderte Lehne auf, die Öffentlichkeitsarbeit für dieses gemeinsame Ziel Europas zu verbessern. Ein stärkeres Bewusstsein für die Notwendigkeit von mehr Wettbewerbsfähigkeit helfe auch EU-weit bei der Durchführung nationaler Strukturreformen. „Sozialreformen oder eine Vereinfachung des Steuersystems müssen in europäischem und weltweitem Zusammenhang gesehen werden“, so der CDU-Europaabgeordnete.

## kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

### ■ **Ukrainischer Präsident Juschtschenko redet vor Europäischem Parlament**

Der neugewählte Präsident der Ukraine, **Viktor Juschtschenko**, besuchte in einer seiner ersten Auslandsreisen das Europäische Parlament in Straßburg. In seiner Rede bezeichnete Juschtschenko die Europaparlamentarier als „Taufpaten“ der neuen ukrainischen Demokratiebewegung. Vor dem Plenum sagte er, die Unterstützung des Europäischen Parlaments wurde in der Ukraine „als wichtiges Symbol und Ermutigung“ aufgenommen. Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering**, sagte: „Wir wollen eine Politik des Dialogs, der Partnerschaft und der Freundschaft“ mit den Nachbarländern der Europäischen Union. Der Besuch von Juschtschenko sei ein wichtiges Element dieser Politik.

Neben guten Beziehungen zu den osteuropäischen Nachbarländern der EU bezeichnete Pöttering den Dialog mit dem Mittelmeerraum als wichtige Priorität. Die EVP-ED-Fraktion werde daran arbeiten, dass die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer ein leistungsfähiges und zukunftsgerichtetes parlamentarisches Organ werde, und ein Forum für die Suche nach gemeinsamen Lösungen mit den Ländern des Mittelmeerraumes darstellen kann. Pöttering betonte zudem, es müsse gemeinsam mit den Vereinigten Staaten eine gemeinsame Anstrengung für eine friedliche Lösung im Nahen Osten gemacht werden, damit Israel und Palästina in si-

cheren Grenzen leben können. Darüber hinaus müsse der Schutz der Menschenrechte eine Priorität der euro-mediterranen Versammlung sein. An Syrien richtete Pöttering den dringenden Appell, dem Libanon eine Chance zu geben und dazu beizutragen, die Verantwortlichen für den Mord an dem ehemaligen Premierminister Hariri aufzufinden.

### ■ **Unterstützung für Weltjugendtag gesichert/Arbeitsprogramm der Kommission gebilligt**

Das Europäische Parlament hat der finanziellen Unterstützung des Weltjugendtages 2005 zugestimmt. Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering**, begrüßte nachdrücklich, dass die EU das Treffen von Jugendlichen aus aller Welt mit 1,5 Millionen Euro unterstützen wird. Die EVP-ED-Fraktion hatte sich zuvor engagiert für die Unterstützung des Weltjugendtages eingesetzt, nachdem Sozialisten und Grüne bei den Haushaltsberatungen im Dezember ihre Unterstützung abgelehnt hatten.

Mit 264 Ja-Stimmen hat das Europäische Parlament zudem dem Arbeits- und Gesetzgebungsprogramm der Kommission 2005, auf Grundlage einer gemeinsamen Entschließung der EVP-ED-Fraktion, der Liberalen und der UEN-Fraktion, zugestimmt. Pöttering bezeichnete dies als klares Signal für die von der Kommission vorgeschlagene Politik: „Die Mehrheit des Europäischen Parlaments hat damit die Politik der Kommis-



sion unter Führung von Präsident **José Manuel Durão Barroso** unterstützt. Die Position der sozialistischen Fraktion hat sich hingegen nicht als mehrheitsfähig erwiesen“.

#### ■ Härtere Strafen für Meeresverschmutzer

Das Europäische Parlament hat einer Richtlinie für strengere Strafen für die Verschmutzung der Meere durch Schiffe zugestimmt. Die Richtlinie richtet sich insbesondere gegen die Verschmutzung durch illegales Ölabblassen. Nach Angaben von EVP-ED-Berichterstatterin **Corien Wortmann-Kool** (Niederlande) sei diese Art der Verschmutzung gegenüber Schiffsunglücken oft vernachlässigt worden. Dennoch sei das illegale Ablassen von Öl verantwortlich für einen Großteil der weltweiten Verschmutzung. Wortmann-Kool: „Bis zu 60,000 Tonnen Öl werden jedes Jahr in die Nordsee gepumpt. Im Mittelmeer sind es rund 40,000 Tonnen. Dies bedeutet eine große Gefahr für die Umwelt: 40 Prozent aller Seevögel sterben an den Folgen der Ölverschmutzung.“

Nach der Richtlinie werden bei illegalem Ablassen von Öl strafrechtliche Sanktionen verhängt, die in den gravierendsten Fällen bis zum Freiheitsentzug gehen können. Damit werden die geltenden internationalen Regeln für die von Schiffen verursachte Einleitung von Schadstoffen ins Meer in das Gemeinschafts-

recht übernommen und die Anwendung dieser Regeln festgelegt.

#### ■ Delegationsreise nach Kroatien

Der gemeinsame parlamentarische Ausschuss EU-Kroatien hat sich zum ersten Mal in Zagreb getroffen, um über den bevorstehenden Beginn der Beitrittsverhandlungen Kroatiens mit der EU zu debattieren. Die von EVP-ED-Mitglied **Pal Schmitt** (Ungarn) angeführte Delegation traf sich unter anderem mit dem kroatischen Premierminister **Ivo Sanader** und Staatspräsident **Stjepan Mesic**. Auf der Tagesordnung stand die politische und wirtschaftliche Situation in Kroatien. Zudem diskutierten die Abgeordneten über die Reform des Justizwesens und den Kampf gegen die Korruption.

#### ■ Konferenz über Drogenbekämpfung

„Internationale Dimension für die europäische Drogenpolitik“ war der Titel einer Konferenz, die Anfang März auf Initiative der EVP-ED-Abgeordneten **Charlotte Cederschiöld** (Niederlande) im Europäischen Parlament in Brüssel stattfand. Teilnehmer waren unter anderem der Direktor der amerikanischen Behörde für Drogenkontrolle, **John Walters**, und der schwedische Gesundheitsminister **Morgan Johansson**.

Lasse Böhm, EVP-ED-Pressestelle  
lboehm@europarl.eu.int

## Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-8 02-0. Verlagsleitung: Bernd Profitlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.